

Juri Durkot **Zwischen Zwist und Dialog**

Ukrainische Kirchen und Konfessionen nach dem Papstbesuch

Die Wiederkehr des christlichen Glaubens war in der Ukraine wohl eines der markantesten Zeichen des Umbruchs nach dem Zerfall der Sowjetunion. Doch waren bislang die interkonfessionellen Beziehungen oft durch Intoleranz, gegenseitige Vorwürfe von Proselytismus und einen nicht immer gewaltlosen Streit um Kirchenbesitz gekennzeichnet. Abgesehen von kleineren Streitereien zwischen verschiedenen Konfessionen kann heute festgestellt werden, dass die Hauptachse im interkonfessionellen Konflikt auf der Linie „moskautreue orthodoxe Kirche – ukrainische Nationalkirchen“ verläuft. Von dem vom 23. bis zum 27. Juni dieses Jahres stattfindenden und nicht unumstrittenen Besuch von Papst Johannes Paul II. hat man unter anderem auch neue Impulse für den Dialog zwischen den ukrainischen Konfessionen erwartet. Inwieweit hat die Pilgerreise des Pontifex diese Erwartungen erfüllt?

■ **Ukrainische Kirchen: eine kurze historische Skizze**

Die Orthodoxe Kirche

Von der Konfession her sind Ukrainer größtenteils orthodoxe Christen. Die Ukraine, die als Mutterland des ostslawischen Christentums gilt, wurde seit der Christianisierung der Kiewer Rus im Jahre 988 – also noch vor der 1054 erfolgten Spaltung der Kirche in Katholizismus und Orthodoxie – im Verlauf der Geschichte stark durch das byzantinische Kirchenmodell geprägt. Mit der Zeit, als das Land nach und nach an das Russische Reich fiel, geriet auch die Kirche immer stärker unter den Einfluss des Moskauer Patriarchen. Schließlich wurde die Kiewer Metropole 1686 dem russischen Patriarchen untergeordnet, einige Diözesen wurden Moskau sogar direkt unterstellt. Zur Sowjetzeit war die Kirche in der Ukraine ein Exarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche – der einzigen offiziell zugelassenen und geduldeten Konfession. Trotzdem war in der Sowjetunion auch die Verfolgung der Orthodoxen gang und gäbe, wurde die Religion doch als „Opium fürs Volk“ betrachtet. Die Gotteshäuser wurden zerstört oder in Lagerräume verwandelt, die Gläubigen oft Drangsalierungen ausgesetzt. Allerdings, wie später bekannt wurde, kooperierte die höhere orthodoxe Geistlichkeit mit dem kommunistischen Regime, wodurch sie auch einige Privilegien genießen konnte.

Spaltung in der Orthodoxie und Entstehung des Kiewer Patriarchats

Nach der Unabhängigkeitserklärung von 1991 hat sich von der mittlerweile in die Ukrainische Orthodoxe Kirche umbenannten moskautreuen offiziellen Orthodoxie (das frühere Exarchat wurde bereits 1990 aufgehoben, und die Kirche bekam vom Moskauer Patriarchen mehr Autonomierechte) ein Teil des Klerus abgespalten, der in einem nunmehr souveränen Staat nicht mehr dem Moskauer Patriarchat unterstehen wollte. So entstand die Ukrainische Orthodoxe Kirche Kiewer Patriarchats (UOK KP), die vom Metropoliten Filaret (Denysenko), dem letzten Exarchen der offiziellen Orthodoxie, angeführt wird. Seine umstrittene Persönlichkeit – insbesondere im Zusammenhang mit seiner KGB-Vergangenheit und als „unkanonisch“ geltenden Familiengeschichten – trug jedoch insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu weiteren Spannungen in der ukrainischen Orthodoxie bei.

Die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche

Der erste Versuch, eine autokephale (sprich: unabhängige) Kirche zu gründen und damit an die Traditionen der ukrainischen Orthodoxie vor 1686 anzuknüpfen, wurde nach den Wirren des Ersten Weltkrieges und des Bürgerkrieges im Russischen Reich unternommen, als die Ukraine sich für eine kurze Zeit zum ersten Mal in ihrer wechselvollen Geschichte die Unabhängigkeit erkämpft hatte. Die Anfang 1918 einberufene Ukrainische Synode hat die Frage einer unabhängigen Nationalkirche aufgegriffen, die offizielle Gründung der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK) erfolgte jedoch erst drei Jahre später. Doch bereits in den zwanziger Jahren, nach der Gründung der Sowjetunion, wurde die UAOK verfolgt, bis sie schließlich 1930 ihre Selbstauflösung verkünden musste. Die Kirche überlebte jedoch unter den Exilukrainern, und 1990 konnte der alte Metropolit Mstyslaw aus den USA in die Ukraine zurückkehren.

■ **Der erste Versuch, eine autokephale (sprich: unabhängige) Kirche zu gründen und damit an die Traditionen der ukrainischen Orthodoxie vor 1686 anzuknüpfen, wurde nach den Wirren des Ersten Weltkrieges und des Bürgerkrieges im Russischen Reich unternommen, als die Ukraine sich für eine kurze Zeit zum ersten Mal in ihrer wechselvollen Geschichte die Unabhängigkeit erkämpft hatte.**

Die Griechisch-Katholische Kirche oder Katholiken des byzantinischen Ritus

Die Ursprünge dieser fast ausschließlich in der Westukraine vertretenen Kirche sind auf die Union von

■ **Nach der Einverleibung der Westukraine (Ostgalizien) in die Sowjetunion wurde die Griechisch-Katholische Kirche 1946 durch Stalin verboten, ihre Priester mussten sich in die Emigration retten oder wurden gezwungen, zur Orthodoxie überzutreten.**

Brest aus dem Jahre 1596 zurückzuführen. Ende des 16. Jahrhunderts vereinigte sich ein Großteil des Kle-rus in der Westukraine, die damals unter polnisch-litauischer Herrschaft stand, mit Rom. Diese auch „uniert“ genannte Kirche hat jedoch weitgehend den byzantinischen Ritus beibehalten und wurde im Ver-lauf ihrer mehr als vier Jahrhunderte langen Geschichte oft zur wichtigsten Stütze der ukrainischen Identität in einer Region, die wechselnd in polnischem, später in österreichischem Besitz war und zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg wieder zu Polen gehörte. Nach der Einverleibung der Westukraine (Ostgalizien) in die Sowjetunion wurde die Grie-chisch-Katholische Kirche 1946 durch Stalin verbo-ten, ihre Priester mussten sich in die Emigration retten oder wurden gezwungen, zur Orthodoxie überzu-treten. Von den rund 2000 unierten Priestern waren mehr als die Hälfte verhaftet und nach Sibirien ver-schleppt worden (so beispielsweise auch vier von sechs Bischöfen, die anderen zwei wurden ermor-det), viele überlebten die unmenschlichen Lagerbe-dingungen nicht. Das Kircheneigentum der Katholi-ken byzantinischen Ritus wurde enteignet und teilweise der Russisch-Orthodoxen Kirche übergeben.

Trotzdem ist es dem kommunistischen Regime nicht gelungen, die unierte Kirche mit ihren jahrhun-dertelangen Traditionen auszuradieren – sie hat im Untergrund und im Exil die schlimmsten Verfolgungen überstanden. Ende der achtziger Jahren gingen Hunderttausende auf die Straßen von Lemberg, um für die Wiedenzulassung der Kirche zu demonstrieren. Nach dem Besuch Gorbatschows im Vatikan wurde das Verbot der Kirche Ende 1989 de facto auf-gehoben, und 1991 kehrte ihr – inzwischen verstorbener – Oberhaupt, Kardinal Lubatschewski, aus dem römischen Exil nach Lemberg zurück.

Andere christliche Glaubensgemeinschaften

Andere christliche Konfessionen werden trotz ihrer historischen Wurzeln in der Ukraine oft als „landes-fremd“ angesehen, wie beispielsweise die rund 800 Gemeinden zählende Römisch-Katholische Kirche, welcher der überwiegende Teil der polnischen Min-derheit angehört, oder die Lutheraner. Doch scheint die Römisch-Katholische Kirche nicht nur die Polen in der Ukraine (rund 300 000) zu vereinigen, sondern

auch Angehörige anderer Nationalitäten. Sie selbst beziffert die Zahl ihrer Anhänger auf 800 000, laut Umfragen bekennen sich rund zwei Prozent der Gläubigen zum Katholizismus.

Gar als Bedrohung werden die sogenannten neuen Religionen und die neuprotestantischen missionarischen Bewegungen aufgefasst.

Andere Religionen

Von anderen Religionen kann sich in der nächsten Zeit insbesondere der Islam zu einem ernstzunehmenden Faktor entwickeln. Die 1944 von Stalin deportierten Krimtataren kehren seit Anfang der neunziger Jahre in ihre Heimatgebiete zurück, nachdem der ukrainische Staat ihnen das Wiederansiedlungsrecht zugesprochen hatte. Bisher sind rund 280 000 Tataren zurückgekehrt, in den nächsten zehn Jahren kann sich diese Zahl fast verdoppeln und auf etwa 500 000 ansteigen – immerhin werden dann die Moslems rund ein Prozent der Bevölkerung der Ukraine ausmachen.

Jüdischen Gemeinden können dagegen trotz Wiederbelebung ihres religiösen Lebens kaum Expansionspläne unterstellt werden. Die Abwanderung der Juden aus der Ukraine, bedingt in erster Linie durch die desolate wirtschaftliche Lage, dauert weiterhin an.

■ Die 1944 von Stalin deportierten Krimtataren kehren seit Anfang der neunziger Jahre in ihre Heimatgebiete zurück, nachdem der ukrainische Staat ihnen das Wiederansiedlungsrecht zugesprochen hatte.

■ Ukrainer und ihre konfessionelle Zugehörigkeit

Nach jüngsten Umfragen halten sich rund zwei Drittel der Ukrainer für gläubig. Die orthodoxen Kirchen sprechen dagegen von 35 Millionen Gläubigen, was bei einer Einwohnerzahl von knapp 50 Millionen bereits rund 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen würde. Da es jedoch auch andere Konfessionen gibt, scheinen diese Zahlen überhöht zu sein. Richtig ist allerdings, dass die Orthodoxie insgesamt rund 12 800 Gemeinden zählt.

Die mit Abstand größte Konfession bleibt mit rund 9000 Gemeinden zweifellos die mit Moskau verbundene Ukrainische Orthodoxe Kirche. Mit 7500 Priestern, ca. 8000 Gotteshäusern, über 100 Klöstern, etwa 3400 Mönchen und Nonnen sowie 35 Bischöfen stellt die UOK (MP) sogar den größten Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche dar, die insgesamt rund 13 000 Gemeinden und etwa 17 000 Priester zählt. Allerdings sagt die Gesamtzahl der registrierten Ge-

meinden, wie wir später sehen werden, wenig über die Anzahl der Gläubigen aus. Trotzdem verfügt diese Kirche im Moment – verglichen mit anderen Konfessionen – über die am besten entwickelten Strukturen.

Die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) gibt etwa fünf Millionen Gläubige an und ist mit rund 3300 Gemeinden die zweitstärkste Konfession im Lande, wenngleich mit einem starken regionalen Schwerpunkt. Laut Umfragen fühlen sich der UGKK rund zehn Prozent der Gläubigen zugehörig.

Die Ukrainische Orthodoxe Kirche Kiewer Patriarchats zählt rund 2800 Gemeinden. Die kleinste orthodoxe Gruppierung ist die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche mit knapp über 1000 Gemeinden. Sie ist ebenso wie die Griechisch-Katholische Kirche – wenngleich in einem geringeren Maße – regional auf die Westukraine beschränkt. Rund 80 Prozent der UAOK-Gläubigen leben in westlichen Regionen des Landes.

Doch die Grenzen der konfessionellen Zugehörigkeit sind insbesondere bei den orthodoxen Gemeinden fließend. In den letzten Jahren hat oft mit dem Übertritt des Priesters in eine andere Konfession auch die ganze Gemeinde den Glaubenswechsel vollzogen. Dabei waren sich die Gläubigen dessen durchaus selten bewusst. Auch ansonsten wissen die Gemeindemitglieder oft nicht, welchem Patriarchat ihre Glaubensgemeinschaft angehört. Die jüngsten Umfragen von Socis Gallup zeugen davon, dass die meisten orthodoxen Gläubigen sich doch mit der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats identifizieren. Obwohl das Moskauer Patriarchat im Vergleich zur UOK KP mehr als dreimal so viele Gemeinden hat, identifizieren sich nur 18 Prozent der Orthodoxen mit der moskautreuen Kirche, 34 Prozent dagegen fühlen sich dem Kiewer Patriarchat zugehörig. Nur zwei Prozent haben die Ukrainische Autokephale Kirche als konfessionelle Zugehörigkeit angegeben. Bemerkenswert ist zudem, dass fast ein Viertel der Gläubigen, die sich zur Orthodoxie bekennen, ihre Konfession nicht nennen konnten. Rund zwei Drittel verstehen den Unterschied zwischen der UOK (MP) und der UOK KP nicht, und fast die Hälfte sieht einen klaren Bezug zwischen der

■ **Obwohl das Moskauer Patriarchat im Vergleich zur UOK KP mehr als dreimal so viele Gemeinden hat, identifizieren sich nur 18 Prozent der Orthodoxen mit der moskautreuen Kirche, 34 Prozent dagegen fühlen sich dem Kiewer Patriarchat zugehörig.**

Nationalität und der Konfession. Das Kiewer Patriarchat genießt wohl in Augen vieler Ukrainer als eines der Wahrzeichen für die Unabhängigkeit ihres Landes einen hohen symbolischen Stellenwert.

■ **Konfliktfelder und der interkonfessionelle Dialog**

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre waren die interkonfessionellen Spannungen in der ukrainischen Gesellschaft unübersehbar. Der Streit um den in der Sowjetzeit enteigneten bzw. an die Russisch-Orthodoxe Kirche übergebenen Kirchenbesitz wurde mancherorts mit Gewaltanwendung ausgetragen. Insbesondere in der Westukraine, wo die unierte Kirche einen erheblichen Zulauf verzeichnete, kam es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in den Gemeinden. Da jedoch nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung im Westen des Landes zum griechisch-katholischen Glauben zurückgefunden hat (in ländlichen Gebieten Galiziens bekennen sich heute über 80 Prozent der Bevölkerung zu dieser Konfession), sondern auch das hiesige Beamtentum und die Regionalparlamente eher die ukrainischen nationalen Traditionen fortsetzen wollten, war oft eine einseitige Parteinahme zugunsten der Unierten vorprogrammiert. Auf diese Weise konnte die Russisch-Orthodoxe Kirche in dieser Region ihre Positionen nicht mehr halten, und der Einfluss des Moskauer Patriarchats kann hier heute als sehr gering eingeschätzt werden. So gehört in der westukrainischen Großstadt Lemberg mit rund 800 000 Einwohnern derzeit nur ein einziges Kirchengebäude der UOK MP. Damit vermochten sich weder Moskau noch die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats bis dato abzufinden. Die Vorwürfe des Proselytismus und die – aus der Sicht der beiden letzteren – unrechtmäßige Rückübertragung von Kirchengut stellen immer noch das Haupthindernis für den Dialog zwischen Moskau und dem Vatikan dar.

Parallel zum Konflikt mit den Unierten entwickelte sich zunächst der Streit zwischen den orthodoxen Kirchen. Doch nachdem die Griechisch-Katholische Kirche ihren einstigen Kirchenbesitz weitgehend zurückbekommen hat (wodurch die Beziehungen zum Moskauer Patriarchat selbstverständlich nicht besser geworden sind, dem Streit jedoch die Brisanz ge-

■ **In der ersten Hälfte der neunziger Jahre waren die interkonfessionellen Spannungen in der ukrainischen Gesellschaft unübersehbar. Der Streit um den in der Sowjetzeit enteigneten Kirchenbesitz wurde mancherorts mit Gewaltanwendung ausgetragen.**

nommen wurde), dominiert zuletzt der Zwist zwischen dem Moskauer und dem Kiewer Patriarchat die ukrainische Kirchenlandschaft.

Der Versuch von Filaret, sich nach der Unabhängigkeit von der russischen Orthodoxie loszulösen, stieß erwartungsgemäß auf einen harten Widerstand Moskaus. Der selbsternannte abtrünnige Patriarch wurde abgesetzt, später belegte ihn Alexij II. gar mit dem Kirchenbann. Auch die sich anbahnende Annäherung zwischen dem Kiewer Patriarchat und der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche wurde in Moskau mit wachsender Besorgnis registriert. In der damaligen Situation war es besonders für Filaret wichtig, nach der Abspaltung von Moskau Verbündete unter Vertretern anderer Konfessionen zu finden. Auch aus der Sicht der Bildung einer einheitlichen Nationalkirche war die Aufnahme der Gespräche zwischen dem Kiewer Patriarchat und den Autokephalen eine durchaus wünschenswerte Entwicklung. Doch der Dialog zwischen den beiden Kirchen scheiterte nach Meinung vieler Beobachter an überzogenen Ambitionen Filarets. Bereits 1992 kam es zum Zerwürfnis zwischen Filaret und Mstyslaw, die Spannungen im Klerus der beiden Konfessionen spitzten sich nach dem Tod des 93-jährigen Mstyslaw zunächst weiter zu. Für autokephale „Puristen“ war die mangelnde persönliche Integrität Filarets und dessen zweifelhafte Vergangenheit ein durchaus triftiger Grund für seine Ablehnung. So wurden 1993 – nach einer bereits angekündigten Vereinigung – wieder zwei verschiedene Patriarchen für das Kiewer Patriarchat und die Autokephale Kirche gewählt. Ein Teil der UAOK mitsamt vielen Gläubigen hat jedoch den Zusammenschluss mitvollzogen, so dass Filaret als eigentlicher Sieger aus dem Streit hervorgegangen ist. Nach einem langen Zwist konnten die beiden Kirchen erst im Herbst vergangenen Jahres unter Vermittlung des Patriarchen Bartholomaios von Konstantinopel den Dialog wieder aufnehmen. Mit der Gründung einer gemischten Kommission haben die Gesprächspartner unter anderem vereinbart, auf gegenseitige Schuldzuweisungen zu verzichten, die Übertritte des Klerus und der Gemeinden in die andere Konfession zu verbieten, bis zu der endgültigen Lösung des Problems einer Vereinigung keine neuen Erzpriester zu weihen sowie auf jeder

■ Aus der Sicht der Bildung einer einheitlichen Nationalkirche war die Aufnahme der Gespräche zwischen dem Kiewer Patriarchat und den Autokephalen eine durchaus wünschenswerte Entwicklung. Doch der Dialog zwischen den beiden Kirchen scheiterte nach Meinung vieler Beobachter an überzogenen Ambitionen Filarets.

Etappe das ökumenische Patriarchat von Konstantinopel zu konsultieren.

Die Kommission setzte ihre Arbeit auf einer Sitzung in Istanbul vom 12. bis 14. Juni dieses Jahres fort. Ein weiterer Schritt im Dialog zwischen der UOK KP und der UAOK war kurz vor dem Papstbesuch die Unterzeichnung einer Erklärung durch die Patriarchen beider ukrainischen orthodoxen Nationalkirchen über die Intensivierung des Vereinigungsprozesses. Insbesondere wurde betont, dass das Moskauer Patriarchat sich diesen Gesprächen anschließen könne.

Auch die Griechisch-Katholische Kirche steht dem interkonfessionellen Dialog grundsätzlich positiv gegenüber. Die Idee der einheitlichen Nationalkirche hat unter dem Klerus der Unierten ebenfalls viele Anhänger. Für die Ökumene sind aus der Sicht der UGKK jedoch drei Voraussetzungen notwendig:

1. die Vereinigung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats und der Ukrainischen Autokephalen Kirche mit der gleichzeitigen Anerkennung der neuen Kirche durch den Patriarchen von Konstantinopel muss vollzogen worden sein;
2. der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (MP) soll durch das Moskauer Patriarchat eine Autokephalie gewährt werden;
3. die Griechisch-Katholische Kirche soll vom Vatikan das Patriarchatsrecht bekommen.

Somit steht heute die Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) den drei national geprägten Konfessionen gegenüber. Einerseits erklärt sie ihre Bereitschaft zum Dialog und wälzt die Schuld am Scheitern der Ökumene auf den anathematisierten Filaret ab, blockt jedoch gleichzeitig die Gespräche mit den Unierten ab. Andererseits vertritt die UOK MP nicht selten – trotz ukrainischer und ökumenischer Rhetorik – deutlich prorussische Positionen.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche in Moskau weigerte sich bisher, die beiden ukrainischen Kirchen als kanonisch anzuerkennen, und betrachtete sowohl die UOK KP als auch die UAOK als schismatisch. Zudem wurde der Bruch mit Filaret oft als Vorwand benutzt, um jegliche Gespräche mit dem Kiewer Patriarchat zu torpedieren.

Angesichts der interkonfessionellen Spannungen kam auch die Idee der Schichtgottesdienste bei den

■ **Die Russisch-Orthodoxe Kirche in Moskau weigerte sich bisher, die beiden ukrainischen Kirchen als kanonisch anzuerkennen, und betrachtete sowohl die UOK KP als auch die UAOK als schismatisch.**

Ukrainern besonders gut an. Die Nutzung eines Kirchengebäudes durch mehrere Konfessionen war bisher nur in Einzelfällen möglich, am ehesten schon durch Unierte und Autokephale. Allerdings waren die Beziehungen auch zwischen diesen beiden Kirchen Anfang der neunziger Jahre nicht besonders herzlich, da viele Katholiken byzantinischen Ritus' in der Rückkehr der Autokephalen Kirche aus dem Exil vorwiegend in die westukrainischen Gebiete einen hinterhältigen Schachzug Moskaus sahen – mit der Absicht, die Wiederverbreitung der Griechisch-Katholischen Kirche so weit wie möglich einzuschränken. Erst die ausgewogene Politik von Patriarch Mstyslaw hat zur Ausräumung dieser Vorbehalte entscheidend beigetragen.

Somit waren die Konflikte zwischen verschiedenen Konfessionen in der Vergangenheit kaum durch dogmatische Auseinandersetzungen verursacht. Vielmehr spielten hier die Eigentumsfragen sowie die kirchenpolitischen Interessen, verbunden mit persönlichen Ambitionen eine entscheidende Rolle. Dabei machte auch der ukrainische Staat nicht immer eine gute Figur.

■ Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche

■ Im Unterschied zur Russischen Föderation, wo bereits Präsident Jelzin der russischen Orthodoxie seine Unterstützung öfter in der Öffentlichkeit bekundet hatte und die Staatsduma per Gesetz andere Glaubensgemeinschaften benachteiligen ließ, haben sich die ukrainischen Behörden – zumindest offiziell – nicht an die Seite einer bestimmten Konfession geschlagen.

Im Unterschied zur Russischen Föderation, wo bereits Präsident Jelzin der russischen Orthodoxie seine Unterstützung öfter in der Öffentlichkeit bekundet hatte und die Staatsduma per Gesetz andere Glaubensgemeinschaften benachteiligen ließ, haben sich die ukrainischen Behörden – zumindest offiziell – nicht an die Seite einer bestimmten Konfession geschlagen. Im Zwist innerhalb der ukrainischen Orthodoxie hat sich die Regierung in Kiew anfänglich ziemlich konsequent und wohlüberlegt aus den Auseinandersetzungen herausgehalten. Der erste Präsident Krawtschuk verzichtete trotz seiner öffentlichen Bekenntnisse zum Christentum auf jeden offiziellen Besuch in einer der orthodoxen Kirchen. Präsident Kutschma, der bei den Wahlen von 1994 den Sieg davongetragen hat und 1998 wiedergewählt wurde, versucht ebenfalls eine ausgewogene Politik durchzuführen, setzt jedoch vorsichtig Akzente auf die Herausbildung einer einheitlichen nationalen Kirche. Gleichzeitig gilt es, das Moskauer Patriarchat

nicht allzu stark zu irritieren, so dass der durch die Staatsführung geübte Spagat zwischen verschiedenen Zweigen der Orthodoxie bisweilen groteske Züge annimmt. Wohl gemerkt hat Kutschma in diesem Jahr Gespräche mit Vertretern verschiedener Konfessionen begonnen, indem er sich zunächst mit den Patriarchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats und der Ukrainischen Autokephalen Kirche getroffen hat.

Auch dem Einfluss der Griechisch-Katholischen Kirche in der Westukraine muss Rechnung getragen werden. Allerdings dürfte die trotz eines seit langem bekannten Wunsches von Johannes Paul II., die Ukraine (übrigens das Heimatland seiner Mutter) zu besuchen, mehrmals verschobene offizielle Einladung nicht allzu sehr in Verbindung mit den Zuständen an Unierte gebracht werden. Vielmehr war Präsident Kutschma selbst in der gegenwärtigen politischen Situation am Besuch des Pontifex interessiert. Das nach dem „Kassettenkandal“ vom November vergangenen Jahres immer noch angeschlagene Staatsoberhaupt (nach der Veröffentlichung heimlich mitgeschnittener Gespräche in seinem Amtszimmer durch einen Sicherheitsbeamten wirft die Opposition dem Präsidenten vor, den Mord an einem regimiekritischen Journalisten in Auftrag gegeben zu haben, in zahlreiche Korruptionsaffären verwickelt zu sein sowie unliebsame Medien unterdrücken zu wollen) erhoffte sich wohl, sich durch diesen Besuch auch außenpolitische Vorteile zu verschaffen.

Grundsätzlich haben sowohl das offizielle Kiew als auch das Patriarchat von Konstantinopel – obgleich aus unterschiedlichen Gründen – Interesse an einer ukrainischen Einheitskirche. Der Staat liebäugelt gerne mit dem – in der Tradition der Orthodoxie tief verwurzelten – Modell der nationalen Staatskirche. In diesem Sinne spielen auch die Unierten, indem sie in der Zukunft eine einheitliche Nationalkirche aufbauen wollen, den Behörden in die Hände. Ansonsten entsteht der Eindruck, dass der Staat, dem es bisher immer noch an einem richtigen Kirchenverständnis mangelt, auf die Einmischung in kirchliche Belange doch nicht endgültig verzichten will und am liebsten das religiöse Leben im Lande unter seine Kontrolle stellen würde. Insbesondere wurde dem Staatlichen

■ Grundsätzlich haben sowohl das offizielle Kiew als auch das Patriarchat von Konstantinopel – obgleich aus unterschiedlichen Gründen – Interesse an einer ukrainischen Einheitskirche.

Komitee für Religionsfragen, das in seiner heutigen Funktion abgeschafft werden sollte, mehrmals angelastet, sich in die interkonfessionellen Angelegenheiten einmischen zu wollen.

Als positiver Aspekt dagegen könnte das von der staatlichen Seite angeregte und im Juli 1997 durch Vertreter von 15 christlichen Konfessionen unterzeichnete Memorandum angesehen werden. In diesem Grundsatzdokument verpflichten sich die Kirchen, auf Gewaltanwendung bei der Lösung von interkonfessionellen Streitigkeiten zu verzichten und nicht mehr zu versuchen, mit Hilfe von Behörden aufeinander Druck auszuüben.

Allerdings ist die Situation in den Regionen noch weit von diesen guten Vorstellungen entfernt. Da die Einmischung der Behörden in die Fragen kirchlicher Jurisdiktion ungeachtet der offiziellen Trennung der Kirche vom Staat in Fortsetzung der alten sowjetischen Tradition immer noch gang und gäbe ist, klagen Vertreter verschiedener Konfessionen über deren Benachteiligung. Während im Westen des Landes – wie bereits erwähnt – die Behörden dazu tendieren, der Griechisch-Katholischen Kirche diverse Vorteile zu verschaffen, genießt in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine in erster Linie das Moskauer Patriarchat, das in diesen Gebieten uneingeschränkt dominiert, die Bevorzugung der örtlichen Verwaltungen. Damit wird das Prinzip der Gleichberechtigung verschiedener Religionen und konfessioneller Richtungen in der Praxis außer Kraft gesetzt. Die Kirchen beschwerten sich darüber hinaus über Verzögerungen bei der Rückgabe von Kirchenbesitz sowie über die ungelöste Fragen des Religionsunterrichts und der Militärseelsorge. Auch der Zugang zu den Medien ist schon lange ein heikles Thema.

Oft wird zu Recht auf eine übermäßige Politisierung bei gleichzeitig unzureichendem sozialen Engagement der Kirchen (eine Ausnahme bildet hier vielleicht die Griechisch-Katholische Kirche mit der Caritas) hingewiesen. Wenn einige Experten diese Erscheinung für das heutige gesellschaftliche Leben in der Ukraine als selbstverständlich empfinden, sehen die anderen darin nicht ohne Grund ernsthafte Gefahren für den weiteren Aufbau der Zivilgesellschaft. Ohne Zweifel bleibt das Kiewer Patriarchat die am meisten politisierte ukrainische Kirche, wobei sich

■ Während im Westen des Landes die Behörden dazu tendieren, der Griechisch-Katholischen Kirche diverse Vorteile zu verschaffen, genießt in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine in erster Linie das Moskauer Patriarchat die Bevorzugung der örtlichen Verwaltungen.

Metropolit Filaret nicht selten in die Rolle eines Politstars zu versetzen versteht.

■ **Der Papst in der Ukraine: ein Pilger des Friedens**

Die Pastoralreise von Papst Johannes Paul II. nach Kiew und Lemberg, die vom 23. bis zum 27. Juni dauerte, hatte den Gegensatz zwischen den nationalen Kirchen und der des Moskauer Patriarchats zunächst noch einmal deutlich hervortreten lassen. Während die UOK KP und die Autokephalen den Besuch des Pontifex begrüßten, hatten sich die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) und deren Ableger in der Ukraine – die Ukrainische Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats – bereits im Vorfeld der Reise auf eine strikt ablehnende Haltung festgelegt. Unerwartet bekamen die Papstgegner Rückendeckung von Wiktor Tschernomyrdin, dem frisch ernannten russischen Botschafter in der Ukraine. Der ehemalige Ministerpräsident Russlands leistete sich kurz nach seiner Ankunft in Kiew Ende Mai einen diplomatischen Fauxpas, indem er den Papstbesuch schlicht und einfach als „einen Fehler“ bezeichnete. Die Erklärung blieb selbstverständlich von den politischen Beobachtern nicht unbemerkt, merkwürdigerweise folgte ihr allerdings keine offizielle Reaktion.

Der Moskauer Patriarch Alexij II. sowie die Würdenträger der UOK MP in Kiew beschuldigten die Katholiken inzwischen wiederholt einer Expansion auf ursprünglich orthodoxe Gebiete und des Proselytismus. Doch hinter der ganzen Rhetorik, durch die sich die UOK MP noch im Vorfeld des Besuches von Johannes Paul II. kirchenpolitisch ins Abseits manövrierte, standen wohl auch die Befürchtungen, dass die Papstreise die orthodoxen Nationalkirchen UAOK und UOK KP stärken würde. Als Folge könnte die UOK MP – bisher immerhin die stärkste Kraft im Lande – ihre lieb gewonnenen Pfründen wieder verlieren.

Trotz angekündigter Massenproteste ist es jedoch der UOK MP nicht gelungen, eine größere Anhängerschaft zu mobilisieren. Die großen Kundgebungen der Orthodoxen in Kiew sind ausgeblieben. Lediglich zu einer Demonstration am 21. Juni, die durch die Stadt bis vor die Tore der Apostolischen Nuntiaturn zog, konnten die Organisatoren – laut unter-

■ **Der Moskauer Patriarch Alexij II. sowie die Würdenträger der UOK MP in Kiew beschuldigten die Katholiken wiederholt einer Expansion auf ursprünglich orthodoxe Gebiete und des Proselytismus.**

■ **Der Großteil der Kiewer Bevölkerung stand dem Papstbesuch grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings sahen die Einwohner der ukrainischen Hauptstadt in Johannes Paul II. eher eine herausragende Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und verknüpften mit der Reise kaum einen religiösen Hintergrund.**

schiedlichen Angaben – drei- bis siebentausend Menschen auf die Beine bringen. Doch dieser Protestmarsch wie auch die Prozession durch das orthodoxe Heiligtum, das Kiewer Höhlenkloster Lawra, obwohl von einigen westlichen Medien hochgespielt, erinnerte eher an eine Versammlung von wenigen hundert Fanatikern als an eine Protestbewegung mit einer breiteren gesellschaftlichen Basis.

Der Großteil der Kiewer Bevölkerung stand dem Papstbesuch grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings sahen die Einwohner der ukrainischen Hauptstadt in Johannes Paul II. eher eine herausragende Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und verknüpften mit der Reise kaum einen religiösen Hintergrund.

Das Fernbleiben der UOK MP beim Treffen des Papstes mit Vertretern verschiedener Religionen sowie die eher schwach besuchten zwei Gottesdienste in Kiew (gekommen sind jeweils 70 000 bis 100 000 Menschen anstatt der erwarteten 300 000 bis 400 000), ließen manche Beobachter bereits von einer missglückten Reise sprechen. Doch im westukrainischen Lemberg, das das zweite Reiseziel des Papstes war, sah man endlich Bilder, an welche man bei dem Besuch des Pontifex in einer katholischen Hochburg gewohnt ist. Eineinhalb Millionen Menschen jubelten dem Papst am 27. Juni bei dem großen Gottesdienst zum Abschluss seiner Reise auf der Pferderennbahn in Lemberg zu. Jeweils eine halbe Million waren bei der katholischen Messe und beim Treffen mit der Jugend am Vortag anwesend. Die Seligsprechung der durch den NKWD ermordeten 28 Märtyrer der Griechisch-Katholischen Kirche krönte den Gottesdienst im byzantinischen Ritus. Der Erfolg in Lemberg ließ den sichtlich zufriedenen Pontifex sogar um zehn Jahre jünger aussehen, wie es aus dem päpstlichen Pressedienst verlautete. Viele Journalisten berichteten, dass auch die Organisation in Lemberg auffallend anders war: im Unterschied zu den – vom Vatikan nicht erbetenen – drakonischen Sicherheitsvorkehrungen, zahlreichen Straßensperren und einem Milizaufgebot von rund 30 000 Mann in der Hauptstadt sorgten freundliche Polizeibeamte bei ausgebliebenen weiträumigen Absperrungen in der westukrainischen Metropole trotz überwältigender Pilger- und Touristenströme für ein fast normales Stadtleben.

Während seiner Pastoralreise hat Johannes Paul II. viele Zeichen der Versöhnung und Verständigung gesetzt. Dazu gehört in erster Linie sein Appell an die ukrainischen Kirchen, gemeinsam nach einem ökumenischen Weg zu suchen sowie durch den guten Willen Annäherung und gegenseitige Verständigung anzustreben. Dabei setzte sich der Papst für den interkonfessionellen Dialog nicht nur mit den orthodoxen Würdenträgern ein. Symbolisch war neben einem Gebet am Massengrab von NKWD-Opfern in Bykiwnja bei Kiew auch sein Besuch in Babij Jar, dem Ort, wo im Zweiten Weltkrieg rund hunderttausend Menschen (vor allem Juden) unter deutscher Besetzung erschossen wurden. Auch die Deportationsopfer der Krimtataren unter dem Stalin-Regime blieben nicht unerwähnt.

Ein weiteres wichtiges Zeichen hat Johannes Paul II. in Lemberg – im Hinblick auf die konfliktbeladene Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Völkern – mit dem Aufruf zur ukrainisch-polnischen Verständigung gesetzt. Für die Verdienste im Dialog zwischen der Ukraine und Polen wurden der Rektor der Universität Lemberg, Iwan Wakartschuk, und der Direktor des Instituts für Mittel- und Osteuropa in Warschau, Jerzy Kloczowski, ausgezeichnet.

■ **Nach dem Papstbesuch: wie geht es weiter?**

Die meisten Beobachter sind der Meinung, dass der Besuch von Johannes Paul II. in erster Linie zum Dialog zwischen den ukrainischen unabhängigen orthodoxen Kirchen (UOK KP und UAOK) beitragen kann, dem sich möglicherweise auch die Griechisch-Katholische Kirche anschließen wird. Zumindest die Vereinigung der UOK KP und der UAOK könnte aus diesen Gesprächen erwachsen. Dagegen bleibt eine einheitliche ukrainische Kirche – wenn überhaupt – die Vision einer fernen Zukunft. Nichtsdestoweniger haben Vertreter aller drei Kirchen ihre Hoffnungen auf die Entwicklung des Dialogs zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche sowie auf die Verbesserung der interkonfessionellen Situation insgesamt zum Ausdruck gebracht.

Obwohl im Moment nur schwer vorstellbar ist, dass die Gespräche mit der Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats ein greifbares Ergebnis

■ **Während seiner Pastoralreise hat Johannes Paul II. viele Zeichen der Versöhnung und Verständigung gesetzt. Dazu gehört in erster Linie sein Appell an die ukrainischen Kirchen, gemeinsam nach einem ökumenischen Weg zu suchen sowie durch den guten Willen Annäherung und gegenseitige Verständigung anzustreben.**

bewirken können, wurde der erste Schritt zu einem solchen Dialog vor kurzem in Zürich gemacht. Dort fand vom 14. bis zum 17. Juli ein Treffen der Delegationen aus Moskau und Konstantinopel mit einer Delegation des Kiewer Patriarchats und Vertretern der Autokephalen statt. Hohe Würdenträger der UOK KP deuteten dies als ein klares Zeichen dafür, dass das Moskauer Patriarchat nun endlich bereit ist, über die Probleme der Vereinigung und der Anerkennung der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche zumindest zu diskutieren. Vertreter der russischen Orthodoxie dagegen versuchten, diese Behauptung zu relativieren. So betonte der für internationale Beziehungen zuständige Metropolit von Smolensk und Kaliningrad, Kyrill, dass es sich lediglich um Gespräche zwischen Moskau und Konstantinopel über die ukrainische Kirchenproblematik gehandelt habe, bei denen die Delegationen der UOK KP und der UAOK allenfalls einen Beobachterstatus gehabt hätten.

Doch die Bedeutung der Papstreise für die Ukraine geht weit über die kirchenpolitischen Konstellationen hinaus. Viele ukrainische Politiker haben den Besuch sehr positiv eingeschätzt. So sprach der Premierminister Anatolij Kinach im Zusammenhang mit dem Besuch des Pontifex über „ein außergewöhnliches historisches, geistiges und moralisches Ereignis“, das eine „immense positive Bedeutung“ für das Land habe. Ob dieser Besuch die Nation auch auf dem Weg zu einer freien demokratischen Zivilgesellschaft weiterbringen kann, wie dies beispielsweise in Polen der Fall war, steht freilich dahin.